

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserem Jahresempfang. Das Jahr 2010 hat alles andere als erfreulich begonnen. Wir sind nicht nur witterungsbedingt mit einer eisigen Kälte konfrontiert, sondern erleben zur Zeit eine Politik, die Flüchtlinge erbarmungslos ins Nichts und ins Elend abschiebt. Allein aus Deutschland sollen 10.000 Roma in den Kosovo abgeschoben werden. Dies, obwohl zahlreiche internationale Organisationen, wie die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), der UNHCR, Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen, wie Pro Asyl und Amnesty International immer wieder und nachdrücklich daraufhinweisen, dass Roma und andere Minderheiten weiterhin Schutz und Sicherheit in Deutschland benötigen.

Knapp über 200 betroffene Roma leben in Göttingen, 64 von ihnen wurden bereits zu Abschiebung angemeldet und einige bereits abgeschoben. Die meisten der betroffenen Familien leben hier seit über 10 Jahren, unter ihnen viele Kinder, die in Göttingen geboren und aufgewachsen sind.

Im vergangenen Monat haben wir mit der Ausstellung „Blick zurück nach vorn“ und den begleitenden Veranstaltungen diese Problematik mit ihnen thematisiert und diskutiert. Insbesondere das Erzählcafé mit jugendlichen Roma hat sehr eindrücklich und deutlich gezeigt, dass die jungen Roma unter uns, und in unseren Schulen faktisch zu Deutschen erzogen wurden und keine wirkliche Verbindung mehr zur Heimat haben, - ihre Heimat ist Göttingen. Die Abschiebungen bedeuten für sie eine Abschiebung in die „Fremde“, in Armut, Existenznot und Perspektivlosigkeit. Sie sprechen oft nicht die Sprache des Herkunftslandes ihrer Eltern, ihr bisheriger Schulbesuch in Deutschland wird nicht anerkannt, und für den regulären Schulbesuch – soweit er überhaupt möglich ist – sind sie zu alt. Sie haben in der ehemaligen Heimat ihrer Eltern keine Chance.

Die Bleiberechtsregelung, so sehr wir sie begrüßen, greift viel zu kurz, und gewährt aufgrund seiner restriktiven Vorschriften nur Wenigen eine reelle Chance. Es ist nicht korrekt, Flüchtlingen mangelnde Integration vorzuwerfen, während sie gleichzeitig mittels Ausbildungs- und Arbeitsverboten, Wohnsitzauflagen, und fehlenden Sprachangeboten massiv und gezielt ausgegrenzt wurden und werden.

Die insgesamt negative Bilanz der „alten“ Bleiberechtsregelung zeigt aber auch, dass die weitgehende Beschränkung der Integrationspolitik auf Migrantinnen und Migranten mit sogenanntem dauerhaftem Aufenthalt verfehlt ist. Mehr und vor allem gezielte Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen sind notwendig, es geht hierbei nicht nur um die Integration in die deutsche Gesellschaft, sondern auch um die Gewährung von besseren Lebenschancen für jeden Einzelnen.

Es müssen nicht immer große Projekte sein, bereits Hausaufgabenhilfen für Kinder, Hilfen bei der Ausstattung schulischer Materialien, gezielte Informationen der Eltern über das deutsche Schulsystem und Unterstützung bei schulischen Problemen, bessere Wohnbedingungen, sowie Sprachkurse für diejenigen, die nicht an den vom Bundesamt finanzierten Integrationskursen teilnehmen dürfen, Angebote der beruflichen Qualifizierung oder Hilfen bei der Vermittlung in Arbeit sind wichtige Bausteine für eine persönliche Perspektive.

Vor fast einem Jahr hat der Göttinger Stadtrat ein Integrationskonzept verabschiedet, das zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der kommunalen Integration enthält. Wir haben in diesem Konzept konkrete Ziele für unsere Stadt formuliert und sind nun

in der Lage konkrete Fortschritte und Bedarfe festzustellen, entsprechend gespannt sind wir auf den ersten Umsetzungsbericht des Integrationsbüros. Was haben wir erreicht? Wo bereitet die Umsetzung des Integrationskonzeptes Schwierigkeiten? Was wollen wir bis wann erreichen? Dies sind wichtige Fragen, die wir immer wieder klären müssen um konkrete Schritte für eine erfolgreiche Integration zu bewerkstelligen.

Für uns ist die Interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein ganz wesentlicher Aspekt für eine erfolgreiche und gleichberechtigte Integration aller Bürgerinnen und Bürger. Hierbei geht es nicht nur, um die verstärkte Einstellung von Migrantinnen und Migranten, sondern Ziel ist vor allem eine interkulturelle Organisationsentwicklung. Hierfür ist die Einstellung von Migrantinnen und Migranten eine wichtige Voraussetzung. Entsprechend haben wir eine verstärkte Einstellung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund beantragt und hierfür gezielte Maßnahme vorgeschlagen, die in diesem Jahr umgesetzt werden sollen. Wir begrüßen, dass die Stadt Göttingen in ihren Ausschreibungen ausdrücklich daraufhinweist, dass Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund erwünscht sind, wünschen uns aber eine konsequentere Umsetzung bei der Besetzung der ausgeschriebenen Stellen.

Wir planen für dieses Frühjahr eine Veranstaltung zum lokalen Integrationsplan der Stadt Hannover. Insbesondere im Bereich der politischen Partizipation hat die Stadt Hannover u.a. mit der Gründung von Integrationsräten auf Stadtteilebene und den Integrationsrat (ähnlich wie in Göttingen der Beirat zum Integrationskonzept, aber viel größer und als regelmäßig tagendes Gremium) als begleitendes Gremium zur Umsetzung des lokalen Integrationsplanes interessante Projekte entwickelt, von denen wir lernen wollen. Mit dieser und ähnlichen Veranstaltungen wollen wir auch den regelmäßigen Austausch mit den Göttinger Akteuren der Integrationsarbeit und den Migrantenselbstorganisation fördern und intensivieren.

Wir konnten im vergangenen Herbst mit dem IFAK, der BIGS und der Unterstützung durch das Projekt „Stärken vor Ort“ in der Weststadt 14 Kulturdolmetscherinnen und Kulturdolmetscher für Göttinger Bildungseinrichtungen ausbilden. Die Kulturdolmetscher bieten ihre Dienstleistungen in den Sprachen arabisch, französisch, spanisch, englisch, russisch, albanisch, serbo-kroatisch, türkisch, portugiesisch und polnisch an. Die erfolgreiche Durchführung der Qualifizierungsmaßnahme und die hohe Motivation der KulturdolmetscherInnen bestätigt uns erneut das große Interesse der Migrantinnen und Migranten an der Bildung ihrer Kinder.

Die Bildungsschere zwischen deutschen und nichtdeutschen Schülerinnen und Schülern ist in Göttingen besonders ausgeprägt. Fast 25 Prozent der ausländischen Schülerinnen und Schüler verlassen die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss, ihre Chancen für eine berufliche Karriere sind denkbar gering. Hier können die KulturdolmetscherInnen durch ihre Informations- und Vermittlungstätigkeit wichtige Hilfestellung für Eltern, Lehrer und Schüler bieten.

Schwierigkeiten in der praktischen Umsetzung des Projektes bereitet die fehlende Anerkennung der Qualifizierung und die fehlende Entlohnung der KulturdolmetscherInnen, da die Mehrheit der nachfragenden Einrichtungen auf die Ehrenamtlichkeit der Dienstleistungen setzen. Um dieses Problem zu lösen, strebt die BIGS ab Herbst die Durchführung einer zertifizierten Ausbildung zum Sprach-

und Integrationsmittler an. Für die Durchführung dieser 18-monatigen Qualifizierungsmaßnahme benötigen wir ihre Unterstützung und werden zu gegebener Zeit auf sie zukommen.

Besondere Probleme bereitet nach wie vor, der Bereich der rechtlichen Integration. Die Verschärfungen im Ausländerrecht, insbesondere beim Ehegattennachzug und den Einbürgerungen hat bei einem Teil der Migrantinnen und Migranten zu erheblichen Verunsicherungen und Benachteiligungen geführt. Wir waren im vergangenen Jahr sehr intensiv mit der Beratung und Begleitung von Migrantinnen und Migranten zur Ausländerbehörde beschäftigt. In der aufenthaltsrechtlichen Beratung und der Umsetzung der Vorschriften sehen wir nach wie vor großen Handlungsbedarf. Entsprechend werden wir uns weiterhin für eine konkrete Unterstützung der Migrantinnen bei der Durchsetzung ihrer aufenthaltsrechtlichen Ansprüche einsetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
dies ist nur eine kurze Auflistung fortzuführender Aufgaben und Vorhaben für das kommende Jahr, viele Aktivitäten und Aktionen, wie die Göttinger Kulturenmesse sind mittlerweile fester Bestandteil unserer Arbeit und bedürfen nicht der besonderen Erwähnung. Genauso wird die Entwicklung von Angeboten für von Gewalt betroffene Migrantinnen im Rahmen unsere Mitarbeit in der Arbeitsgruppe des Präventionsrates ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit sein, sowie die Unterstützung der Migrantenselbstorganisationen. Dies alles wäre ohne ihre tatkräftige Hilfe nicht möglich, hierfür möchte ich Ihnen ganz herzlich danken.
Für den heutigen Abend wünsche ich Ihnen interessante Gespräche und viele Anregungen für zukünftige Vorhaben.